

Zum Rücktritt von Bundesrat Pierre Aubert : ein Idealist auf hartem Boden

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **66 (1987)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340519>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Idealist auf hartem Boden

Wie kaum je in der Geschichte der schweizerischen Politik wurde über einen Bundesrücktritt in der Öffentlichkeit derart spekuliert wie im Falle von Bundesrat Pierre Aubert. Die Gründe dafür sind mannigfacher Art und waren zum grossen Teil nicht immer nur ehrenwerter Natur; verschiedene Kreise versuchten auf diesem Thema ihr Süppchen zu kochen.

Vorab aber haben die Sozialdemokratische Partei der Schweiz und die Sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung Pierre Aubert zu danken. Wir sind uns – zusammen mit der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung – bewusst, welchen persönlichen Einsatz Pierre Aubert im Interesse unseres Landes erbrachte. Und dies nicht erst als Bundesrat und Vorsteher des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten.

Nach 14jähriger Zugehörigkeit zum Neuenburgischen Grossen Rat, welchen er 1969/70 präsidierte, wurde Pierre Aubert 1971 in den Ständerat gewählt und 1975 glanzvoll in diesem Amt bestätigt. Daneben präsidierte er von 1971 – als kompetenter und allseits geachteter Jurist – bis zu seiner überzeugenden (190 Stimmen im 1. Wahlgang) Wahl 1977 in den Bundesrat, den Rat der Universität Neuenburg. Unter anderem als Berichterstatter der politischen Kommission des Europarates, Mitglied der aussenpolitischen Kommission des Ständerates, war Pierre Aubert bestens vorbereitet, die Leitung des Eidg. Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) zu übernehmen und den von seinen Amtsvorgängern Spühler und Graber bereits eingeschlagenen

Weg einer aktiven, offenen und modernen Aussenpolitik konsequent weiterzuführen.

Dabei waren ihm, im Gegensatz zu manch anderen, die Grundprinzipien dieser Politik – insbesondere Solidarität und Universalität – nicht leere Worthülsen, sondern echtes Anliegen, welche er mit konkretem Handeln auszufüllen gedachte. Dabei ist etwa an seinen Einsatz zugunsten der Weiterentwicklung des internationalen Rechts zu erinnern, aber auch an seine Bemühungen um die Ratifizierung der Sozialcharta durch die Schweiz. Begründet in den beiden erwähnten aussenpolitischen Prinzipien waren ebenso der von Pierre Aubert initiierte Bericht des Bundesrates über die Menschenrechte, welcher breite Beachtung und Anerkennung fand, oder die zahlreichen Anfragen, Angebote für und Realisierungen von guten Diensten, welche die Schweiz im Interesse des Friedens und des Dialoges für zahlreiche Länder übernahm. In diesen Zusammenhang gehören auch die Bemühungen und Unterstützung der Contadora-Gruppe, der Initiative von Bogotá, aber auch Pierre Auberts Einsatz für die humanitäre Hilfe zugunsten Nicaraguas.

Als erster Bundesrat nahm er bereits 1979 klar und deutlich Stellung gegen das menschenverachtende Apartheidsystem in Südafrika. Solche Positionsbezüge trugen entscheidend – im Urteil der Diplomaten und führenden ausländischen Politiker – zur Glaubwürdigkeit unserer Aussenpolitik bei und verstärkten deren internationale Position. Dass dies einigen, vorab bürgerlichen, Leuten nicht pas-

sen würde, war absehbar. Dementsprechend waren auch ihre lautstarken Reaktionen. Was sie für sich selbst und vor allem die schweizerische Wirtschaft – Offenheit, Kontakt und Handel mit der ganzen Welt – in Anspruch nahmen und nehmen, sollte und durfte aber nicht für die Aussenpolitik gelten. Statt dessen wollte und will man um jeden Preis den «Sonderfall Schweiz» hegen und pflegen, als lebten wir – in Verkennung der tatsächlichen Realitäten – auf einer gottgewollten und begnadeten weltpolitischen Insel.

Der Zürcher «Tages-Anzeiger» vom 3. Januar 1987 brachte die ganze Dimension seines Schaffens auf den richtigen Punkt, als er titelte: «Pierre Aubert – ein Idealist im steinigen Feld der Aussenpolitik».

Dieser in seiner Persönlichkeit verwurzelte, von sozialdemokratischer Vorstellung einer gerechten und solidarischen Welt mitgeprägte Idealismus liess ihn auch nach dem abgelehnten Beitritt der Schweiz zur UNO nicht resignieren. Pierre Aubert war und ist überzeugt, dass nur eine engagierte und grundsätzlich offene Aussenpolitik den heute global sich stellenden Problemen (Nord-Süd-Gefälle, Abrüstung, Flüchtlinge, Hungerkatastrophen, Umweltzerstörung usw.) begegnen kann.

Konkret bedeutet dies z.B. eine Verstärkung der Entwicklungshilfe. Der Einsatz Pierre Auberts bewirkte unter anderem quantitativ die Verdoppelung unserer diesbezüglichen Anstrengungen, welche aber auch qualitativ international Anerkennung finden.

Konkretisiert hat Pierre Aubert diese Bemühungen aber auch in

seinen zahlreichen Kontakten mit führenden Persönlichkeiten aus der Dritten Welt, mit den politischen Führern in Ost und West. Auf dieser Grundlage wurde die Lösung zahlreicher individueller Einzelschicksale möglich. Nicht zuletzt seinem Einfluss ist es zu verdanken, dass die Rückschaffung von Tamilen im aktuellen Zeitpunkt nicht vollzogen wurde. Konkrete Konsequenz dieser erwähnten Überzeugung war aber

auch die entscheidende Mithilfe zur Blockierung der immensen – auf zumindest ungeklärten Wegen in die Schweiz gelangten – Marcos-Gelder. Deren Arretierung ermöglicht die juristisch einwandfreie Abklärung der Umstände.

Diese wenigen Beispiele mögen zeigen, was sich Pierre Aubert und mit ihm die SPS unter einer offenen und modernen Aussenpolitik vorstellen. Sein/e Nachfolger/in tut sicher gut daran,

auf diesem langfristig erfolgreichen Weg weiterzufahren. Unsere Partei und Fraktion werden ihn/sie dabei unterstützen. Die Zukunft wird zeigen, dass Pierre Auberts und damit auch unsere aussenpolitischen Vorstellungen die oftmals kleinlichen Spiegelfechtereien überleben werden. Wir wünschen Pierre Aubert und seiner Frau Anne-Lise von Herzen alles Gute und bedanken uns für den – von beiden – geleisteten Einsatz.

Welche Zukunft hat die moderne Sozialdemokratie?

Sieben Herausforderungen für Sozialdemokraten

Von Joseph Huber

Die europäische Sozialdemokratie hat mit der Industrialisierung ihr klassisches Profil entwickelt. Zuerst war sie die klassische Arbeiterpartei, dann die Arbeitnehmerpartei, ja Volkspartei im Dienste des sozialen Fortschritts. Dieses klassische Erscheinungsbild der modernen Sozialdemokratie gilt heute immer weniger, weil die Epoche, in der es entstand, zu Ende geht. Der Publizist Joseph Huber, Dozent an der Freien Universität Berlin, hat am Zukunftskongress der Österreichischen Sozialisten eine Rede gehalten, in der er sich mit den Zukunftschancen der Sozialdemokratie auseinandersetzt. Joseph Huber zählt insgesamt sieben Herausforderungen, denen sich die modernen Sozialisten stellen müssen, ohne ihre Grundideen und Grundsätze dabei aufzugeben.

Modernisierung heisst, dass die Sozialdemokratie den technischen Fortschritt, die Entfaltung von Markt und Staat, den Aufbau von grossen Wirtschafts- und Verwaltungsinstitutionen grundsätzlich bejahete. Sie wurde dadurch zum Gegenspieler des Konservatismus. Wo sich jedoch bei diesem industriellen Systemaufbau mit dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit die soziale Frage stellte, wurde die Sozialdemokratie auch zum Gegenspieler des Liberalismus.

Der Fortschritt sollte nicht nur den wenigen Besitzenden, sondern allen zugute kommen: Das setzte voraus, Klassenherrschaft zu überwinden und der ganzen Bevölkerung ein politisches Votum zu geben. So konstituierte sich, indem sie die Lösung der sozialen Fragen untrennbar mit der Demokratisierung verband, die Sozialdemokratie. Die rechtlosen und ausgebeuteten Proletarier sollten sich zu gleichberechtigten Staatsbürgern und gleichgestellten Wirtschaftsbürgern erheben bzw. emanzipieren.

Die Epoche, in der dieses klassische Bild der Sozialdemokratie entstand und Geltung besass, hat heute ihr Ende erreicht. Die vor rund 150 Jahren begonnene Industrialisierung ist in einem ersten historischen Durchgang beendet, das soll heissen, sie hat nunmehr alle Bereiche der Gesellschaft erfasst. Traditionsbestände, die noch zu modernisieren wären, gibt es allenfalls noch als Restbestände (z.B. in Form patriarchalischer Familienverhältnisse). Damit hat eine neue Epoche begonnen. Da die Identität der Sozialdemokratie aufs engste mit der bisherigen Industrialisierung zusammenhängt, muss dieser Umbruch für die Sozialdemokratie weitreichende Konsequenzen haben. Früher hiess Modernisieren traditionelle Strukturen durch industrielle zu ersetzen – durch bäuerlich-ländliches Leben, durch Verstädterung. Künftig heisst Modernisieren schon vorhandene industrielle Strukturen durch noch neuere zu ersetzen,